

BADEN-WÜRTTEMBERG

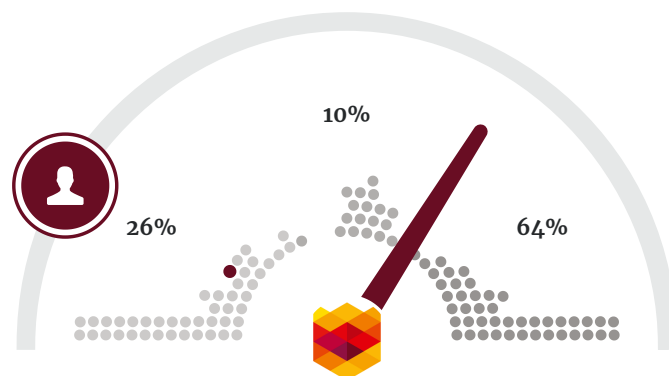
Grüne versprechen Abschiebestopp für gut integrierte Arbeitskräfte – doch Strobl ist dagegen

LESEDAUER: 5 MIN

LIVE ABSTIMMUNG  2.093 MAL ABGESTIMMT

Brauchen wir Zuwanderung, um unseren Arbeitsmarkt bedienen zu können?

Für Sie ist die Sache ziemlich klar.



Ja, unsere Gesellschaft kann die Herausforderungen alleine nicht stemmen

Nein, der Bedarf wird mit der Digitalisierung eher sinken



schwäbische



13. Januar 2020

KATJA KORF
Landes-Korrespondentin

Drucken

Vor Weihnachten stolz als Kompromiss verkündet, nur wenige Wochen nach dem Fest aber wieder ein Streitfall: Wie geht das Land mit abgelehnten Asylbewerbern

um, die gut integriert sind und einen Job haben? **Die Grünen** versprechen einen Abschiebestopp für Flüchtlinge in Arbeit, der zuständige Minister Thomas Strobl (CDU) will davon nichts wissen.

Das Thema beschäftigt die grün-schwarze Koalition seit Monaten. Der Innenminister verweist auf Bundesrecht. Dieses schreibe vor, wen die Länder abschieben müssten. Seit Jahresbeginn eröffnet der Bund neue Perspektiven für arbeitende, abgelehnte Asylbewerber. Baden-Württemberg wendet diese Regeln bereits seit Frühjahr 2019 an. Viel mehr Ermessensspielraum sieht Strobl nicht. Deshalb hatte er Forderungen der oberschwäbischen Unternehmerinitiative Bleiberecht zurück gewiesen, ebenso wie eine Bitte von Staatsministerin Annette Widmann-Mauz (**CDU**).

→
Mehr entdecken: Flüchtlinge: Oberschwäbische Unternehmer kritisieren Erlass von Strobl

Mit anderen setzen sich der Leutkircher Brauer Gottfried Härle und die Vaude-Chefin Antje von Dewitz dafür ein, Menschen mit einem festen Arbeitsplatz bessere Bleibechancen zu eröffnen. Sie verweisen auf den Fachkräftemangel und auf Anstrengungen vieler Firmen, Flüchtlingen Jobs zu geben.

Das Land will sich im Bundesrat für eine Gesetzesänderung einsetzen

Die Grünen unterstützen die Forderungen. Deshalb einigten sich die Spitzen der Koalition am 12. Dezember auf ein Paket: Während die Grünen der Polizei neue Befugnisse zugestanden, bewegte sich Strobl beim Bleiberecht. Das Land will über eine Initiative im Bundesrat versuchen, die Rechtsgrundlage zu ändern, damit Flüchtlinge mit Job bleiben können. Außerdem wollte man Ermessensspielräume besser nutzen.

Darum ist nun erneut Streit ausgebrochen. Andreas Schwarz, Fraktionschef der Grünen im Landtag: „Die Landesregierung hat Spielräume, sie kann priorisieren, wen sie zuerst abschiebt. Das sollten Menschen sein, die straffällig geworden sind oder sich nicht integrieren wollen. Für den Personenkreis, der von der geplanten Bundesratsinitiative erfasst wird, gilt im Gegensatz dazu: In **Baden-Württemberg** werden ihre Abschiebungen zurückgestellt. Das ist völlig rechtskonform.“

→
Mehr entdecken: Was hinter Seehofers Geordnete-Rückkehr-Gesetz steckt
Ein Sprecher Strobbs dagegen sagte, der Minister nehme Sorgen der Unternehmen und Geflüchteten sehr ernst. Deshalb setzte er sich im Bund für Verbesserungen ein. Solange sich aber die Rechtslage nicht ändere gelte: „Wer kein Bleiberecht bekommt, muss ausreisen und notfalls abgeschoben werden.“ Ansonsten mache sich der Rechtsstaat unglaubwürdig.

→

Mehr entdecken: Schatten fallen auf Ensas Glück**Getroffene Asylentscheidungen
in erster Instanz in Deutschland**

Quelle: Eurostat



2 Kommentare

Peter V.
13.01.2020 (17:00 Uhr)

Gesetz ist Gesetz und gilt für alle gleichermaßen! Wer kein Bleiberecht bekommt, muss ausreisen und notfalls abgeschoben werden.“ Ansonsten mache sich der Rechtsstaat unglaublich unwahrscheinlich.

Stefan N.
13.01.2020 (16:10 Uhr)

Richtige Herangehensweise der Grünen!!! Die CDU steht sich mal wieder selber im Weg